

Vereinbarung
zur Bestimmung von
Besonderen Einrichtungen für das Jahr 2026
(VBE 2026)
vom 17.12.2025

zwischen

dem GKV-Spitzenverband, Berlin,
dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V., Köln,
– gemeinsam –

und

der Deutschen Krankenhausgesellschaft e. V., Berlin

Präambel

Gemäß § 17b Absatz 1 Satz 10 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) können besondere Einrichtungen aus dem pauschalierenden Entgeltsystem ausgenommen werden. Näheres hierzu vereinbaren gemäß § 17b Absatz 2 KHG der GKV-Spitzenverband und der Verband der Privaten Krankenversicherung gemeinsam mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

§ 1 Ausnahme von besonderen Einrichtungen

- (1) Krankenhäuser oder Teile von Krankenhäusern, deren Leistungen insbesondere aus medizinischen Gründen, wegen einer Häufung von schwerkranken Patienten oder Patientinnen oder von Patienten oder Patientinnen mit Behinderungen oder aus Gründen der Versorgungsstruktur mit den Entgeltkatalogen noch nicht sachgerecht vergütet werden, können für das Jahr 2026 nach Maßgabe der folgenden Vorschriften als besondere Einrichtung nach § 17b Absatz 1 Satz 10 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes von der Anwendung der DRG-Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups) ausgenommen werden.
- (2) ¹Ein Krankenhaus kann als besondere Einrichtung von der DRG-Anwendung insgesamt ausgenommen werden, wenn von den im Jahr 2025 entlassenen Fällen des Krankenhauses
 1. mit einer Verweildauer von der unteren bis zur oberen Grenzverweildauer einer Fallpauschale (Inlier) mehr als drei Viertel eine Verweildauer hatten, die oberhalb der mittleren Verweildauer der jeweiligen Fallpauschale liegt, oder
 2. mehr als die Hälfte aller Fälle eine Verweildauer hatten, die oberhalb der oberen Grenzverweildauer der jeweiligen Fallpauschale liegt (Langlieger),und das Krankenhaus den Nachweis nach § 2 erbringt. ²Grundlage für die Ermittlungen nach Satz 1 sind die Fälle des Jahres 2025, die der Anlage 1 (Fallpauschalen-Katalog) der Vereinbarung zum Fallpauschalensystem für Krankenhäuser für das Jahr 2026 (Fallpauschalenvereinbarung 2026 – FPV 2026) zugeordnet werden können.
- (3) ¹Als besondere Einrichtung kann auf Antrag des Krankenhauses eine Palliativstation oder -einheit ausgenommen werden, die räumlich und organisatorisch abgegrenzt ist und über mindestens fünf Betten verfügt, sowie ein Krankenhaus, welches in der Liste nach § 17b Absatz 1 Satz 14 KHG in ihrer jeweils veröffentlichten Fassung aufgeführt wird jeweils unabhängig davon, ob die Leistungen mit den Entgeltkatalogen sachgerecht vergütet werden. ²Die Veröffentlichung der Liste gemäß § 17b Absatz 1 Satz 14 erfolgt durch das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus barrierefrei auf dessen Internetseite, jährlich bis zum 30. Juni, erstmals bis zum 30. Juni 2025, für das jeweilige Folgejahr.
- (4) ¹Ausgenommen werden können auch ein Krankenhaus oder eine Fachabteilung für
 1. Kinder- und Jugend-Rheumatologie oder
 2. die Behandlung von Tropenerkrankungen.

²Eine Fachabteilung mit Schwerpunkt zur Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Multipler Sklerose (DRG: B42B, B43Z, B44B, B44C, B48Z, B68A, B68B, B68C, B68D) kann ausgenommen werden, wenn auf die Patientinnen und Patienten in Verbindung mit den genannten Fallpauschalen nach den Sätzen 2 und 3 insgesamt mindestens 40 vom Hundert der Fälle dieser Einrichtung entfallen. ³Ein Krankenhaus oder eine Fachabteilung mit Schwerpunkt zur Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Morbus Parkinson (DRG: B42B, B43Z, B44B, B44C, B49Z, B67A, B67B, B85A, B85B, B85C, B85D) kann ausgenommen werden, wenn auf die Patientinnen und Patienten in Verbindung mit den genannten Fallpauschalen nach den Sätzen 2 und 3 insgesamt mindestens 40 vom Hundert der Fälle dieser Einrichtung entfallen. ⁴Ein Krankenhaus oder eine Fachabteilung mit Schwerpunkt zur Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Epilepsie (DRG: B13Z, B76A, B76B, B76C, B76D, B76E) kann ausgenommen werden, wenn auf die Patientinnen und Patienten in Verbindung mit den dort genannten Fallpauschalen jeweils mindestens 40 vom Hundert der Fälle dieser Einrichtung entfallen. ⁵Fachabteilung im Sinne der Sätze 2 bis 4 ist eine organisatorisch selbstständige bettenführende Abteilung, die von einem Arzt oder einer Ärztin geleitet wird, der oder die fachlich nicht weisungsgebunden ist. ⁶Weitere Voraussetzung für eine Ausnahme nach den Sätzen 1 bis 4 ist, dass das Krankenhaus den Nachweis nach § 2 erbringt. ⁷Ein selbstständiges Kinderkrankenhaus kann ausgenommen werden, wenn insgesamt mindestens 40 vom Hundert der Fälle dieser Einrichtung auf die Fallpauschalen (DRG: B13Z, B46Z, B61A, B61B, B76A, B76B, B76C, B76D, B76E, I66A, I66B, I66C, I66D, I66E, I66F, I66G, I66H, I79Z, I97Z, U41Z) entfallen. ⁸Ein Krankenhaus mit Schwerpunkt zur Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Multipler Sklerose (DRG: B42B, B43Z, B44B, B44C, B48Z, B68A, B68B, B68C, B68D), für das eine eigenständige Budgetverhandlung zu führen ist, kann ausgenommen werden, wenn der fiktive krankenhausindividuelle Basisfallwert für das Jahr 2026 um mindestens 10 vom Hundert höher wäre als der nach § 10 des Krankenhausentgeltgesetzes vereinbarte oder festgesetzte und genehmigte Landesbasisfallwert des Jahres 2026.

- (4a) ¹Ein Krankenhaus mit Schwerpunkt zur Behandlung von Patienten oder Patientinnen mit Behinderungen kann als besondere Einrichtung von der DRG-Anwendung insgesamt ausgenommen werden, wenn auf die Patientinnen und Patienten mit mindestens einer der in der Anlage genannten Diagnosen und Prozeduren insgesamt mindestens 30 vom Hundert der Fälle des Krankenhauses entfallen.
- (5) ¹Als besondere Einrichtung kann auch ein organisatorisch abgrenzbarer Teil eines Krankenhauses ausgenommen werden, wenn ein besonderes Leistungsangebot mit hohen pflegesatzfähigen Vorhaltekosten zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung notwendig ist und die Finanzierung dieser Vorhaltekosten auf Grund einer sehr niedrigen und nicht verlässlich kalkulierbaren Fallzahl mit den Fallpauschalen nicht gewährleistet werden kann, zum Beispiel bei Isolierstationen, Einrichtungen für Schwerbrandverletzte oder neonatologischen Satellitenstationen. ²Intensivabteilungen können nicht als besondere Einrichtung ausgenommen werden; Satz 1 bleibt unberührt.
- (6) ¹Erfüllt ein Krankenhaus oder ein organisatorisch abgrenzbarer Teil eines Krankenhauses die Voraussetzungen nach den Absätzen 2 bis 5 nicht, liegt jedoch in seltenen Ausnahmefällen tatsächlich eine Besonderheit im Sinne des Absatzes 1 vor, die mit den Fallpauschalen und Zusatzentgelten nicht sachgerecht vergütet wird, kann das Krankenhaus oder der Teil eines

Krankenhauses als besondere Einrichtung von der Anwendung des DRG-Vergütungssystems ausgenommen werden, wenn das Krankenhaus den Nachweis nach § 2 erbringt. ²Die Schiedsstelle entscheidet über diese Ausnahme nur bei spezialisierten Krankenhäusern mit ein oder zwei Fachabteilungen. ³Die Schiedsstelle entscheidet ebenfalls bei selbstständigen Kinderkrankenhäusern, die im Jahr 2025 aufgrund der Regelung in § 1 Absatz 6 Satz 1 der VBE 2025 ausgenommen wurden.

§ 2 Nachweis der Besonderheit der Einrichtung

¹Das Krankenhaus hat mit Ausnahme von den Vorgaben nach § 1 Absatz 3 gegenüber den anderen Vertragsparteien nach § 11 des Krankenhausentgeltgesetzes die Besonderheit der Einrichtung und der von ihr erbrachten Leistungen sowie das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 1 schriftlich zu begründen. ²Dabei sind die Ist-Daten des Jahres 2025 nach den Katalogen der Anlagen der FPV 2026 vorzulegen; werden im Jahr 2026 Leistungen voraussichtlich erstmalig erbracht, sind diese Daten entsprechend vorzulegen. ³Für besondere Einrichtungen nach § 1 Absatz 2, 4, 4a oder 6 ist bezogen auf die für die Einrichtung abrechenbaren Fallpauschalen nach Art und Umfang schriftlich darzulegen, insbesondere durch welche Diagnosen und Prozeduren die besondere Gruppe von Patienten und Patientinnen gekennzeichnet ist und dass bei Vorliegen langer Verweildauern diese auf die besondere Gruppe und somit nicht auf Unwirtschaftlichkeit zurückzuführen sind.

§ 3 Entgelte für besondere Einrichtungen

- (1) ¹Nach Maßgabe des § 6 Absatz 1 des Krankenhausentgeltgesetzes können für die Leistungen besonderer Einrichtungen fall- oder tagesbezogene Entgelte vereinbart werden. ²Dabei können auch fallbezogene Entgelte vereinbart werden, die der Abgrenzung der DRG-Fallpauschalen entsprechen, jedoch mit einer anderen Vergütungshöhe abgerechnet werden. ³Zusätzlich zu den Entgelten nach den Sätzen 1 und 2 dürfen nur Zusatzentgelte nach den Katalogen der Anlagen 2, 4, 5 und 6 der FPV 2026 abgerechnet werden. ⁴Palliativstationen oder -einheiten nach § 1 Absatz 3 dürfen die Zusatzentgelte ZE 60 und ZE 145 der Anlage 2 der FPV 2025 nicht in Verbindung mit den nach § 3 Absatz 1 Satz 1 für das Jahr 2026 vereinbarten Entgelten abrechnen.
- (2) ¹Für besondere Einrichtungen nach § 1 Absatz 5 Satz 1 ist ein fall- oder tagesbezogenes Entgelt zu vereinbaren, mit dem nur die fallabhängigen Kosten der Behandlung finanziert werden. ²Zur Finanzierung der hohen pflegesatzfähigen Vorhaltekosten ist zusätzlich ein Zuschlag zu vereinbaren, der bei allen vollstationären Fällen des Krankenhauses zusätzlich in Rechnung gestellt wird.

§ 4 Vereinbarungen über besondere Einrichtungen

- (1) ¹Auf Antrag des Krankenhauses können die Vertragsparteien nach § 11 des Krankenhausentgeltgesetzes unter den Voraussetzungen nach § 1 vereinbaren, dass eine besondere Einrichtung für das Jahr 2026 von der Anwendung des DRG-Vergütungssystems ausgenommen wird. ²Im Falle der Nichteinigung entscheidet die Schiedsstelle nach § 18a Absatz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes auf Antrag des Krankenhauses in den Fällen des § 1

Absätze 2, 4, 4a, 5 und Absatz 6 Sätze 2 und 3; für besondere Einrichtungen nach § 1 Absatz 3 ist der schriftliche Antrag des Krankenhauses ausreichend.

- (2) ¹Für besondere Einrichtungen, die ausgenommen werden sollen, sind die Informationen nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 5 und die Unterlagen nach Maßgabe des § 6 Absatz 3 des Krankenhausentgeltgesetzes vorzulegen sowie krankenhausesindividuelle Entgelte nach § 6 Absatz 1 des Krankenhausentgeltgesetzes zu vereinbaren. ²Die vereinbarten Entgelte sind der gesonderten Erlössumme nach § 6 Absatz 3 des Krankenhausentgeltgesetzes zuzuordnen.

§ 5 Informationen über besondere Einrichtungen

- (1) ¹Zur Unterstützung einer sachgerechten Weiterentwicklung des DRG-Vergütungssystems auf Bundesebene übermitteln die Krankenkassen, die Vertragsparteien nach § 11 des Krankenhausentgeltgesetzes sind, für eine besondere Einrichtung unverzüglich nach der entsprechenden Budgetvereinbarung folgende Informationen an das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus:
1. die nach § 6 Absatz 3 Sätze 3 und 4 des Krankenhausentgeltgesetzes in Verbindung mit § 17 Absatz 4 der Bundespflegesatzverordnung in der am 31. Dezember 2012 geltenden Fassung vorzulegenden Verhandlungsunterlagen,
 2. eine Beschreibung der Einrichtung nach Strukturmerkmalen, Versorgungsauftrag, den zu behandelnden Patientinnen und Patienten sowie eine Begründung für die Ausnahme aus dem DRG-Vergütungssystem,
 3. den Nachweis der Besonderheit der Einrichtung nach § 2,
 4. Art, Höhe und Anzahl der vereinbarten Entgelte, sowie
 5. auf Grund welcher, deutlich höherer Kosten die Leistungen der Einrichtung mit der Erlössumme aus den Fallpauschalen, den zusätzlichen Erlösen für langliegende Patientinnen und Patienten und den Zusatzentgelten nicht sachgerecht vergütet werden.

²Das Krankenhaus übermittelt zeitgleich an das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus die Datensätze nach § 21 des Krankenhausentgeltgesetzes für das Krankenhaus und im Falle des § 1 Absätze 3 bis 5 gesondert für die besondere Einrichtung, soweit es nicht nach Absatz 2 Satz 2 von der Lieferung befreit wird.

- (2) ¹Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus hat die Daten im Hinblick auf besondere Leistungsstrukturen, die Höhe der Kosten sowie Art und Höhe der Entgelte auszuwerten und die besonderen Einrichtungen zu vergleichen. ²Es kann auch die nach § 21 des Krankenhausentgeltgesetzes an die DRG-Datenstelle gelieferten Datensätze des Krankenhauses auswerten; in diesem Falle kann das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus das Krankenhaus von einer erneuten Datenlieferung befreien. ³Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus unterrichtet in zusammengefasster Form die Selbstverwaltungspartner nach § 17b

Absatz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und das Bundesministerium für Gesundheit über Art und Umfang der Ausnahmen und deren Begründung; es zeigt Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Vergütungssystems auf.

§ 6 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am 01.01.2026 in Kraft und mit Ablauf des 31.12.2026 außer Kraft.

Berlin/Köln, den 17.12.2025

GKV-Spitzenverband

Verband der Privaten Krankenversicherung e. V.

Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V.

Anlage: Liste der Diagnosen (Haupt oder Nebendiagnose) und Prozeduren gemäß § 1 Absatz 4a

- **Menschen mit angeborener bzw. erworbener intellektueller Beeinträchtigung**

F06.- Andere psychische Störungen aufgrund einer Schädigung oder Funktionsstörung des Gehirns oder einer körperlichen Krankheit

F06.0 Organische Halluzinose

F06.1 Organische katatone Störung

F06.2 Organische wahnhafte [schizophreniforme] Störung

F06.3 Organische affektive Störungen

F06.4 Organische Angststörung

F06.5 Organische dissoziative Störung

F06.6 Organische emotional labile [asthenische] Störung

F06.7 Leichte kognitive Störung

F06.8 Sonstige näher bezeichnete organische psychische Störungen aufgrund einer Schädigung oder Funktionsstörung des Gehirns oder einer körperlichen Krankheit

F06.9 Nicht näher bezeichnete organische psychische Störung aufgrund einer Schädigung oder Funktionsstörung des Gehirns oder einer körperlichen Krankheit

F07.0 Organische Persönlichkeitsstörung

F07.1 Postenzephalitisches Syndrom

F07.2 Organisches Psychosyndrom nach Schädelhirntrauma

F07.8 Sonstige organische Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen aufgrund einer Krankheit, Schädigung oder Funktionsstörung des Gehirns

F44.5 Dissoziative Krampfanfälle

F70.1 Leichte Intelligenzminderung: Deutliche Verhaltensstörung, die Beobachtung oder Behandlung erfordert

F71.0 Mittelgradige Intelligenzminderung: Keine oder geringfügige Verhaltensstörung

F71.1 Mittelgradige Intelligenzminderung: Deutliche Verhaltensstörung, die Beobachtung oder Behandlung erfordert

F71.8 Mittelgradige Intelligenzminderung: Sonstige Verhaltensstörung

- F71.9 Mittelgradige Intelligenzminderung: Ohne Angabe einer Verhaltensstörung
- F72.0 Schwere Intelligenzminderung: Keine oder geringfügige Verhaltensstörung
- F72.1 Schwere Intelligenzminderung: Deutliche Verhaltensstörung, die Beobachtung oder Behandlung erfordert
- F72.8 Schwere Intelligenzminderung: Sonstige Verhaltensstörung
- F72.9 Schwere Intelligenzminderung: Ohne Angabe einer Verhaltensstörung
- F73.0 Schwerste Intelligenzminderung: Keine oder geringfügige Verhaltensstörung
- F73.1 Schwerste Intelligenzminderung: Deutliche Verhaltensstörung, die Beobachtung oder Behandlung erfordert
- F73.8 Schwerste Intelligenzminderung: Sonstige Verhaltensstörung
- F73.9 Schwerste Intelligenzminderung: Ohne Angabe einer Verhaltensstörung
- F74.1 Dissoziierte Intelligenz: Deutliche Verhaltensstörung, die Beobachtung oder Behandlung erfordert
- F78.1 Andere Intelligenzminderung: Deutliche Verhaltensstörung, die Beobachtung oder Behandlung erfordert
- F79.1 Nicht näher bezeichnete Intelligenzminderung: Deutliche Verhaltensstörung, die Beobachtung oder Behandlung erfordert

- **Menschen mit einer Autismus-Spektrum-Störung**

F84.- Tief greifende Entwicklungsstörungen (alle Endsteller)

- F84.0 Frühkindlicher Autismus
- F84.1 Atypischer Autismus
- F84.2 Rett-Syndrom
- F84.3 Andere desintegrative Störung des Kindesalters
- F84.4 Überaktive Störung mit Intelligenzminderung und Bewegungstereotypen
- F84.5 Asperger-Syndrom
- F84.8 Sonstige tief greifende Entwicklungsstörungen
- F84.9 Tief greifende Entwicklungsstörung, nicht näher bezeichnet

- **Menschen mit komplexen Mehrfachbehinderungen**

Alter \leq 50 und 9-984.9 Pflegebedürftigkeit: Pflegebedürftig nach Pflegegrad 4

oder

Alter \leq 50 und 9-984.a Pflegebedürftigkeit: Pflegebedürftig nach Pflegegrad 5